



Militarischer Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in- und ausländischen Vertriebe monatlich 1.70 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckort: Wildbad. — Druckerei: Enztalbote-Druckerei & Co., Wildbad. — Verleger: Theodor Graf, Wildbad i. Schw. — Telefon 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

Nummer 58

Februar 479

Mittwoch den 11. März 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Groeners Antwort an Maginot

Kriegsschuldfrage und Abrüstung — Die „Umrüstung“ in Frankreich

Berlin, 10. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Reichswehrhaushalts. Reichswehrminister Dr. Groener führte dazu aus:

Der vorliegende Haushalt ist unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, daß bei voller Berücksichtigung der Notlage unseres Volks und bei strengster Sparpolitik die lebensnotwendige Forderung, der Landeschutz, erfüllt wird, und ich bin nicht in der Lage, hierin irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Zunächst muß ich Angriffe zurückweisen, die aus dem Ausland gegen uns gerichtet worden sind. Der französische Kriegsminister Maginot hat in der Kammer zu der Abrüstungsfrage erklärt, es nicht anerkennen zu können, daß alle Völker einen Anspruch auf Behandlung auf gleichem Fuß hätten. Herr Maginot glaubt, wenn man in der Welt die „internationale Gerechtigkeit“ zur Herrschaft gelangen lassen wollte, sei es ebenso notwendig wie gerecht, und eine Bürgschaft für die anderen Nationen, wenn diejenigen Länder, die die „Angreifer“ gewesen seien, strengeren Beschränkungen der Rüstungen unterworfen würden, als die Nationen, die „keine Angriffe“ begangen hätten.

Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären: Unsere Stellungnahme zu der sogenannten Kriegsschuldfrage ist wiederholt aus berufenem Mund vor aller Welt klar gestellt worden. Vor kurzem hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen hierzu im Namen der Reichsregierung bedeutungsvolle Erklärungen abgegeben. Die Verfallener Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands ist längst von der internationalen historischen Wissenschaft widerlegt.

Wir haben den Spruch eines wahrhaft unparteiisch zusammengesetzten internationalen Gremiums, dessen Zusammensetzung die deutsche Regierung von jeher gefordert hat, nicht zu fürchten! Die Feststellung der Wahrheit wird velleicht den Verträgen, die auf der Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am Krieg beruhen, diese Stütze endgültig entziehen.

Deutschlands Wortfassung ist im Versailler Vertrag damit begründet worden, daß sie die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen sollte. Deutschland hat diese Vorbedingung erfüllt. Wir sind abgerüstet in einem Maß, das in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die andern Mächte aber haben sich verpflichtet, auf dem Weg der Abrüstung zu folgen. Daß es sich hierbei um eine rechtlich bindende Verpflichtung handelt, haben maßgebende Staatsmänner der andern Seite wiederholt bestätigt. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Ungleichheit der Rüstung, die durch Deutschlands Vortausleistung durch Abrüstung auf diesem Gebiet entstanden ist, gemäß den Vertragsbestimmungen durch eine entsprechende Nachleistung der andern Mächte ausgeglichen wird.

Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, den die andern Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wir erheben unsere Forderung auf allgemeine Abrüstung im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaus von Europa, der dringendsten Aufgabe unserer Zeit. Deutschland ist bereit und ist stets bereit gewesen, an jeder Art von Abrüstung positiv mitzuarbeiten, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorgenommen wird.

Herr Maginot hat darauf hingewiesen, daß Frankreich der Abrüstung bereits Rechnung getragen habe. Es habe die Zahl seiner Divisionen gegenüber dem Stand von 1913 herabgesetzt und habe heute weniger Mannschaften bei der Fahne als damals; statt der dreijährigen habe es die einjährige Dienstzeit eingeführt. Wir können jene Organisationsänderungen des französischen Heers nicht als Abrüstung anerkennen. Es handelt sich vielmehr um eine wohl- erwogene Umrüstung, die den Kriegserfahrungen und der schnellen Entwicklung der Kriegstechnik Rechnung tragend, die Schlagkraft des französischen Heers nicht vermindert, sondern beträchtlich erhöht hat. Der Wert eines Heeres richtet sich nicht nach der Länge der Dienstzeit, sondern nach der Stärke der Ausbildung, nach der Stärke der ausgebildeten Reserven, nach der Menge und der Güte des Kriegsgüter. Alles dies besitzt das französische Heer in vollkommenstem Maß. 1912 war es bei zweijähriger Dienstzeit 640 000 Mann stark; heute steht nur noch ein Jahrgang bei der Fahne, und dennoch beträgt die Gesamtstärke des Heeres fast ebensoviel! Fast die Hälfte des Heeres, mindestens 230 000 Mann, dient über die gesetzliche Dienstzeit hinaus und liefert ein hoch- qualifiziertes Ausbildungspersonal. Ein neuer Beamtenkörper hat den Soldaten die Mobilmachungsvorarbeiten, die Verwaltung des Kriegsgüter, den Kanakendienst abgenommen. 30 000 Zivilangestellte befreien die Soldaten vom Arbeitsdienst. Die Jugend wird in einem früher unbekanntem Maß auf den Militärdienst vorbereitet. Daher ist Frankreich heute in der Lage, auch in der einjährigen Dienstzeit eine vollendete militärische Ausbildung zu geben. Sprechen die Tausende von Tanks, von Flugzeugen, von Geschützen, die Zehntausende von Maschinengewehren von Abrüstung? Außerdem besitzt Frankreich noch Massen an lagerndem Gerät aller Art. Wieviele Verbände es im Krieg aus seinen

Tagespiegel

Der Reichsrat hat das Osthilfegesetz mit dem damit zusammenhängenden Entwurf der Ostfiedlung, der Ausbringungsumlage und der Neugestaltung der Bank für Industrieobligationen mit Stimmenmehrheit angenommen. Für die Osthilfe sollen nach einer Mitteilung des bayerischen Ministerialdirektors v. Imhoff ab 1. April 1931 rund 1100 Millionen zur Verfügung stehen.

Die vom Reichsrat angenommene Form des Osthilfegesetzes weicht in verschiedenen wesentlichen Punkten (Ausdehnung auf Schleswig-Holstein, Oldenburg, Zusammenfassung des Aufsichtsrats der Industriebank u. a.) von der Regierungsvorlage ab. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, eine Doppelvorlage dem Reichstag am 12. März zu unterbreiten. Sie hofft, daß das Gesetz am 25. oder 26. März vom Reichstag verabschiedet werden kann.

Die Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und den evang. Landeskirchen über den Kirchenvertrag sind vorläufig wegen der Unnachgiebigkeit der Regierung in der für die Kirchen unannehmbaren „politischen Klausel“ als gescheitert zu betrachten.

Amlich wird auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hugenberg erklärt, die Reichsregierung beabsichtige nicht, ohne besondere Befragung des Reichstags den polnischen Handelsvertrag vorläufig in Kraft zu setzen.

Die Klage des sächsischen Staats gegen die Reichsbahngesellschaft wegen Abtrennung der nordwestlichen Bahnen (Leipzig) unter Einverleibung in den Direktionsbezirk Halle ohne Zustimmung der sächsischen Regierung kommt am 24. März vor dem Reichsgericht zur Verhandlung.

Die braunschweigische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag abgeändert wird. Der Maifeiertag war in Braunschweig schon einmal aufgehoben, von der letzten sozialdemokratischen Regierung aber wieder eingeführt worden.

Auf einer Versammlung der Volkskonservativen in Frankfurt a. O. erklärte der seinerzeit aus der Deutschnat. Partei ausgetretene frühere Reichsminister v. Keudell, die Splitterpartei einschließlich Christl. Volksdienst und Landvolk hätten enttäuscht und vollkommen verlagert. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als sich wieder mit Hugenberg-Hiltner zu vereinigen. Die Osthilfe sei ein Fehlschlag.

In Paris hielten die Zentrumsabgeordneten des Reichstags Joos und Fräulein Helene Weber Vorträge über die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den französischen Katholiken.

Eine Massenversammlung des Stahlhelms und der Vaterländischen Verbände in Magdeburg erklärte sich einstimmig gegen die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Führung Frankreichs.

In Indien wurde der Boykott ausländischer Waren vorläufig aufgehoben, damit die inzwischen aufgestapelten Webwaren abgesetzt werden können.

ausgebildeten Reserven aufstellen und mit diesem Gerät bewaffnen kann, das ergibt sich schon daraus, daß die Zahl der Generale und höheren Stabsoffiziere trotz der Verminderung der Anzahl der Friedensdivisionen gegen die Vorkriegszeit auf das Aunberhalbfache gestiegen ist.

Ferner haben sich die Ausgaben der Franzosen für militärische Zwecke seit dem Krieg unaufhörlich gesteigert. 1931 betragen sie 18,2 Milliarden Franken, das heißt fast 3 Milliarden Mark mehr. Alle diese unkegubaren Tatsachen führen den Beweis, daß Frankreich noch nicht damit begonnen hat, abzurufen, daß es sich vielmehr durch seine neue Heeresorganisation das stärkste und schlagfertigste Kriegsinstrument der Welt geschaffen hat.

Noch auf eine Behauptung muß ich eingehen, die in der französischen Kammer gefallen ist. Der Berichterstatter hat die deutschen Landstreitkräfte auf 100 000 Mann Reichsheer, 150 000 Mann Schutzpolizei und 30 000 Zollbeamte berechnet. Diese Aufstellung muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Abgesehen davon, daß die Zahlen falsch sind — wir haben nicht 150 000 Mann Schutzpolizei, sondern nur 105 000, und davon wieder sind 32 000 Mann kaserniert, und ebensowenig haben wir 30 000 bewaffnete Zollbeamte —, ist es unsinnig, die deutschen Polizisten und Zollbeamten zu den Landstreitkräften zu rechnen. Weder im Frieden noch im Krieg sind sie zum militärischen Dienst bestimmt noch dazu befähigt. Ihre Organisation ist durch die Interalliierte Kontrollkommission unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung ihres zivilen Charakters festgesetzt worden. Weber hierauf noch auf ihre Ausbildung hat das Reichswehrministerium im geringsten Einfluß.

Im Interesse der Wahrhaftigkeit wäre es dringend zu wünschen, daß diese gegenstandslosen Behauptungen endgültig aus dem Bereich ernster Verhandlung ausscheiden.

Wahrheit!

Die Rede des Reichswehrministers Groener dürfte als die erste maßgebende Kundgebung von deutscher Seite zu

der kommenden Abrüstungskonferenz aufzufassen sein. Wenn man die praktischen Vorbereitungen beobachtet, die von andern Staaten bereits für die Konferenz getroffen werden, wozu namentlich die soeben erfolgte Flotteneinigung zwischen Frankreich und Italien gehört, und wenn man bedenkt, daß wahrscheinlich schon im übernächsten Monat in Genf die Präsidentenfrage und die allgemeine Organisation der Konferenz geregelt werden, dann leuchtet ein, daß auch Deutschland um seiner Interessen willen keine Zeit mehr für die politische und diplomatische Vorbereitung verlorengehen darf. Dazu gehört vor allem die klare und kräftige Bekundung des deutschen Standpunkts, wie er sich aus der geschichtlichen Entwicklung zwangsläufig ergibt.

Es hat keine internationale Konferenz seit dem Krieg gegeben, zu der Deutschland mit einem besseren Rechtsanspruch gegangen wäre. Deutschland geht auf die Konferenz als Kläger und Gläubiger, es verlangt, daß die Siegerstaaten endlich die feierlichen Verpflichtungen erfüllen, die sie vor genau einem Duzend Jahren übernommen haben. Frankreich aber geht auf die Konferenz als Hauptschuldner, denn es hat nicht nur durch seinen Widerstand bis heute jeden Erfolg der Abrüstungsverhandlungen verhindert, sondern auch seine eigene Rüstung mehr als alle anderen Staaten verstärkt. Jetzt, wo es der entscheidenden Konferenz nicht mehr ausweichen kann, versucht es, die Last seiner Rüstungsverstärkung zu verschleiern und außerdem das klare Recht Deutschlands zu bestreiten. Herr Tardieu hat dazu die Redensart erfunden, daß die Verpflichtung der Siegermächte zur Abrüstung in Wirklichkeit nur eine „freiwillig gegebene Zusage“ sei, an die man sich nicht zu halten brauche, und Herr Maginot folgert aus der bei diesem Anlaß aus dem Gerümpel der Kriegshereien wieder hervorgeholten Schuldfrage, daß Deutschland keinen Anspruch auf Gleichberechtigung erheben könne.

Wir müssen daher Frankreich klar und deutlich fragen, ob es eine ernsthafte Abrüstungskonferenz haben wolle oder nicht. Wenn nicht, dann möge es auch den Mut zur Ehrlichkeit haben und eingestehen, daß es diesen Teil des Versailler Vertrags, was Frankreich angeht, nicht erfüllen will. Wenn es wirklich eine Politik der „Entspannung“ und der „Vergleichung“ treiben will, dann muß es schon zu anderen Mitteln der Vorbereitung greifen, als sie Tardieu und Maginot für gut befunden haben.

Reichswehrminister Groener hat heute ihrer „Beleggründen“ die Wahrheit gegenübergestellt, daß Deutschland in einem Maße abgerüstet hat, das in der Geschichte ohne Beispiel ist, und daß weiter Frankreich sich durch Aufrechterhaltung des stärksten und schlagfertigsten Kriegsinstrumentes der Welt geschaffen hat. Von diesen Tatsachen muß jede ernstgemeinte Abrüstungskonferenz ihren Ausgang nehmen.

Pariser Stimmen zur Groenerrede

Paris, 10. März. Das nationalistische „Echo de Paris“ schreibt, General Gröner habe gar nicht die Absicht gehabt, die Ziffern seines Haushalts zu verteidigen, sondern die einen Angriff gegen den französischen Kriegsminister zu eröffnen. Gröner habe sich zwar des Wortes „Lüge“ nicht bedient, aber er habe mit großem Nachdruck die Behauptungen Maginots in der französischen Kammer als un- wahr bezeichnet. Man begreife, daß gegenwärtig in keiner Rede eines deutschen Staatsmannes die Hervorhebung der Unschuld Deutschlands am Kriege fehlen dürfe; auch General Gröner habe gegen diese Tradition nicht verstoßen. — Der „Figaro“ bezeichnet die Äußerungen Gröners, daß die Versailler Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands durch die Geschichtsforschung längst widerlegt sei, als „unwahre Behauptung“. „L'Ordre“ meint, nachdem auch Gröner auf das Urteil einer internationalen Konferenz zur Entscheidung der Kriegsschuldfrage angespielt habe, müsse man wohl irgend eine diplomatische Anregung in diesem Sinn erwarten. Deutschland packe diesmal den Stier bei den Hörnern. Es wolle sich — dies Eingeständnis mache Gröner zum ersten Mal klar und deutlich — von der Schuld rein waschen, nicht aus gefühlsmäßigen Gründen, wie Briand behauptet habe, sondern um den ganzen Vertrag von Versailles über den Haufen zu werfen, dessen Bedingungen ja einzig und allein auf der Alleinschuld Deutschlands beruhen. Würde die Schuld Deutschlands nicht anerkannt oder auch nur in Zweifel gezogen, so würde der ganze Vertrag hinfällig sein.

Neue Nachrichten

Erklärung der deutschnationalen „et-iführer

Berlin, 10. März. Dr. Hugenberg, Dr. Oberlohren und Dr. von Winterfeldt veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen die Behauptung wendet, die Regierung Brüning sei durch die Politik der nationalen Opposition an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt, und Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, hätten sich vor oder nach den Wahlen aus Scheu vor Verantwortung einer positiven Mitarbeit an der Regierung verlagert. Den Deutschnationalen seien vielmehr seitens der Regierung weder vor noch nach den Septemberwahlen irgendwelche

Angehörige betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglichkeiten hierzu geboten worden. Die deutschnationalen Parteiführer hätten seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtöffentlich immer wieder betont, daß sie zur Uebernahme jeder Verantwortung bereit seien. Es sei selbstverständlich, daß eine solche Uebernahme der Verantwortung nicht voraussetzungslos erfolgen könne. Diese Voraussetzungen seien der Regierung bekannt. Sie seien u. a. durch einen am 14. Oktober 1930 an den Reichskanzler persönlich gerichteten Brief nochmals festgelegt worden. Die Behauptung, das Kabinett habe „in Auswertung der Wahlen den nachdrücklichsten Versuch gemacht, die Grundlage der Regierung nach rechts zu erweitern“, sei, soweit die Deutschnationalen in Betracht kommen, unrichtig. Seitens der Regierung sei keinerlei dahingehender Schrift erfolgt.

Kampfanzeige des Reichslandbunds

Guben (Lausitz), 10. März. Der Präsident des Reichslandbunds, Bauerngutsbesitzer Bethge, erklärte auf der Kreisbauerversammlung in Guben vor einer riesigen Zuhörerschaft, die ganzen Agrarpläne der Reichsregierung mit samt der sogenannten Osthilfe bieten keinerlei Gewähr dafür, daß die Landwirtschaft einen gerechten Ausgleich ihrer Arbeit erhalte und der deutsche Osten gerettet werde. Jede Regierung, in der die Linke ausschlaggebend sei, könne die „Ermächtigungen“ unwirksam machen. Die Regierung habe den Kampf verloren, als sie nach der Auflösung des Reichstags bei der sozialdemokratischen Preußenregierung Hilfe suchte und mit ihr parlamentarische Bindungen einging. Deshalb fehle dem Reichslandbund das Vertrauen, daß die Reichsregierung von der Ermächtigung der Zollserhöhungen den notwendigen Gebrauch mache. Der Beweis sei erbracht, daß diese Regierung ebenso wie die frühere versagt habe, weshalb es hinfort nur eine Parole gebe: „Rückwärts-Losser Kampf!“

Kürzung der Beamtengehälter in Polen

Warschau, 10. März. Im Senat erklärte der Leiter des Finanzministeriums, Oberst Matuschewski, der Fehlbetrag im laufenden Finanzjahr 1930/31 betrage 50 Millionen Zloty und werde im kommenden Finanzjahr ungefähr 300 Millionen Zloty betragen. Wenn notwendig, werde er zur teilweisen Deckung die Beamtengehälter um 15 v. H. kürzen, was eine Ersparnis von 200 Millionen Zloty (94 Mill. Mk.) bringen würde. Diese Maßnahme würde wahrscheinlich am 1. Juli ds. Js. in Kraft treten.

Das Urteil im Mosauer Prozeß

Moskau, 10. März. Im Menschewikenprozeß wurde gestern abend das Urteil verkündet. Die Angeklagten Gromann, Scher, Suchanow, Ginsburg, Jakubowitsch, Petunin und Finn-Jenotajewski erhielten das Höchstmaß an strenger Freiheitsstrafe, nämlich je 10 Jahre, für die übrigen Angeklagten wurden Freiheitsstrafen von 8 bis 5 Jahren ausgesprochen. Die Angeklagten wurden, im Unterschied zu den Urteilen im Ramsin-Prozeß, wo den Angeklagten ihr Leben nur durch Begnadigung erhalten blieb, nicht zum Tod verurteilt, weil sie nicht Klassenfeinde, sondern „abgetriebene Revolutionäre“ seien. Die Urteilsbegründung baute sich im wesentlichen auf die Geständnisse der Angeklagten auf, wobei also mit Bezug auf die Zweite Internationale festgestellt wird, daß auf dem Weg über die russischen menschenwürdigen Emigranten materielle und ideelle Unterstützung der Interventionsvorbereitung gegen den Rätebund erfolgte.

Die englische Haushaltsnot

London, 10. März. Der englische Haushaltsplan für 1931 ergibt, wie verlautet, vorläufige Ausgaben von 8782 Millionen Goldmark, d. h. 423 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Mehrausgaben sind fast durchweg auf die Steigerung der sozialen Kosten (Arbeitslosenversicherung u. a.) zurückzuführen. Dazu kommt noch für Verzinsung und Tilgung der festen Staatsschuld die Summe von 63 Mill. Mk. Insgesamt ist die Deckung für 15 000 Mill. Mk. bereizustellen gegen 14 600 Mill. im Vorjahr. Schatzkanzler Snowden wird also nach allgemeiner Schätzung gezwungen sein, für mindestens 800 Mill. Mk. neue Steuerquellen zu erschließen.

Baldwin gegen die Indienpolitik

London, 10. März. Der Führer der konservativen Partei, Baldwin, hat in einem Schreiben an Mac Donald abgelehnt, für die Fortsetzung der Indientkonferenz, die diesmal in Indien abgehalten werden soll, Vertreter seiner Partei zu ernennen. Die Konservativen betrachten die Zugeständnisse an Indien als zu weitgehend und werden die Indienpolitik der Regierung fortan bekämpfen. — Dieser Schritt Baldwins erregt großes Aufsehen, da Baldwin bisher diese Politik gebilligt hatte.

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

„Besser, du sprichst dein Wort, als du fährst mit ihr. Du hast mir versprochen, Udo, daß sie jetzt aus unserem Leben verschwinden soll und statt dessen willst du mit ihr allein verreisen.“

„Ich habe es dir versprochen und du kannst mir nicht vorwerfen, daß ich etwas dazu getan habe, sie in unser Haus zu ziehen, Uchi, Uchi. Wenn sie kommt, wenn sie mich so bittet wie heute, so kann ich unmöglich nein sagen.“

„Warum kannst du es nicht?“

„Weil wir alte Freunde sind,“ rief er heftig, „und weil sie mir auch oft gefällig war.“

„Das sind Gefälligkeiten, die zwischen freien Menschen erlaubt sein mögen, nicht wenn der eine Teil verheiratet ist.“

„Aber das sind spießbürgerliche Ansichten, Uchi,“ meinte er ärgerlich. „In unseren Kreisen sieht man solche Dinge anders an. Wir haben eben eine freiere Lebensauffassung, und du als Frau eines Schriftstellers mußt dich daran gewöhnen.“

„Rein, nie werde ich mich daran gewöhnen, Udo! Ich will Ausschließlichkeit in der Ehe und du —“

„Kannst du mir nachsagen, daß ich mich zerplittere?“ fragte er sehr heftig. „Denk, weiß, fühle ich denn überhaupt etwas anderes außer dir?“

„Wenn du mit der Carini gehst, beweist du mir das Gegenteil, Udo!“

„Sei nicht kleinlich, Uchi. Deine Eiferucht auf diese Frau ist lächerlich. Jedes böse Wort, das ich ihretwegen von

Württembergers Klage gegen das Reichsverkehrsministerium

Die Lokomotivaufträge der Reichsbahn

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Lokomotivaufträge der Reichsbahn werden nach einem vom Reichsverkehrsministerium ohne Mitwirkung der Länder aufgestellten Verteilungsschlüssel vergeben. Der württembergischen Lokomotivindustrie ist darin nur ein Anteil von 1,41 v. H. zugebilligt, obwohl sie nach dem Lokomotivbestand und nach den Betriebsleistungen des württembergischen Reichsbahndirektionsbezirks einen erheblich größeren Anteil erhalten müßte. Nachdem alle seit Jahren mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen erfolglos geblieben sind, hat Württemberg nunmehr Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben. Dieser wird zu entscheiden haben, wie § 23 des Eisenbahnstaatsvertrags von 1920 auszulegen ist.

Die Benachteiligung Württembergs ergibt sich daraus, daß das Reichsverkehrsministerium seinem Schlüssel die Verhältnisse der Jahre 1910 bis 1920 zugrunde legte, während deren in Württemberg infolge des Stuttgarter Bohnhofumbaus und der Verlegung der Maschinenfabrik Ehlingen nach Weitingen sowie wegen des Kriegs die Lokomotivbestellungen sehr stark eingeschränkt waren. In der Klage wird insbesondere geltend gemacht, daß der günstige Verkehrsverhältnis vor dem Krieg nicht durch einen auf die Vergangenheit abgestellten Schlüssel zugunsten der preußischen Lokomotivfabriken verewigt werden dürfe, obwohl der Verkehrsumfang, den die Schiene zu bewältigen hat, infolge des Kraftwagenwettbewerbs und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression nicht mehr wächst, sondern still steht. Vielmehr müsse der württ. Lokomotivindustrie, genau so, wie es geschehen wäre, wenn der Uebergang der Länderbahnen auf das Reich nicht gekommen wäre, der gesamte Bedarf der Reichsbahndirektion Stuttgart zukommen.

Württemberg

Evangelische Kirchenwahl

Wahlergebnisse in Stuttgart

ep Die Ergebnisse der Wahl zum Landeskirchentag in Stuttgart liegen nunmehr vor. Als gewählt sind zu betrachten von der Gruppe 1: der bisherige Präsident des Landeskirchentags Generalsstaatsanwalt a. D. D. Röder (15 451 Stimmen), Inspektor Luy (15 047), Ministerialdirektor Dr. Fischer (14 413), als geistlicher Abgeordneter Prälat Schrenz (14 433). Von der Gruppe 2: Frau M. Krodenerger (9601), und als geistliches Mitglied Stadtpfarrer Buder (9144). Die Gruppe der religiösen Sozialisten vermochte kein Mandat zu erringen. Die Wahlbeteiligung in Stuttgart war schwach. Von den 110 147 Wahlberechtigten haben 32 467 = 29,5 v. H. abgestimmt. Für die Gruppe 1 wurden insgesamt 95 737, für die Gruppe 2 68 930, für die religiösen Sozialisten 21 869 und für den Wahlvorschlager Eitel 58 Stimmen abgegeben.

Berliner der Ev.-Theol. Fakultät Tübingen ist Prof. D. Holz.

Die Gesamtzahl der 61 gewählten Abgeordneten verteilt sich auf die einzelnen Gruppen folgendermaßen: Gruppe 1 37 Mandate, Gruppe 2 20. Die religiösen Sozialisten bleiben wie in Stuttgart, so auch im Lande ohne Mandat. Vier Abgeordnete sind ohne gruppenmäßige Bindung.

Zu dem neigen Bericht über die Landeskirchenwahl ist noch nachzutragen, daß in Balingen als geistlicher Abgeordneter Stadtpfarrer Krauß-Ebingen (Gruppe 1) gewählt ist.

In Ruffenhäuser sind für Gruppe 1 888, für Gruppe 2 185, und für den Bund religiöser Sozialisten 999 Stimmen abgegeben worden. Verhältnismäßig die höchste Stimmenzahl haben die religiösen Sozialisten in Mählhausen a. R. zu verzeichnen, nämlich 223 gegen 46 der Gruppe 1 und 73 der Gruppe 2.

Stuttgart, 10. März.

Landesdurchschnittlich der Gemeindeumlagen. Durch eine Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums über den Landesdurchschnitt der Gemeindeumlagen ist die Höhe des Landesdurchschnitts der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer auf 19,0 v. H. der gemeindeumlagepflichtigen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern festgelegt worden.

Entscheidung über Bazilles Landtagsmandat. Die Klage der Deutschnationalen Volkspartei über das Landtagsmandat des aus der Partei ausgetretenen Ministers Dr. Bazille wird am Freitag, 20. März, vom Württ. Staatsgerichtshof entschieden werden.

Württemberg gegen den Nationalsozialismus. In einer demokratischen Versammlung in Urach sprach Wirtschaftsminister Dr. Maier und in Ochsenhausen O. Biberach Staatspräsident Dr. Holz gegen den Nationalsozialismus. — Auch die preussischen und die Reichsminister beteiligten sich vielfach an dem Versammlungs- und Redekampf gegen den Nationalsozialismus.

Stuttgart im Schnee. Seit den frühesten Morgenstunden am Dienstag hat es in Stuttgart ununterbrochen den ganzen Tag geschneit; mitunter waren es heftige Stöße. Das Heer der städtischen Straßenarbeiter mit ihren 300 Hilfskräften von ausgeheuertem Arbeitslosen, den Schneepflügen, Fahrzeugen aller Art können die Schneemassen schon gar nicht mehr bewältigen, sie mühten immer wieder von vorne anfangen. Meterhohe Schneemauern umfämen die Gassen, und man stapft mit gemischten Gefühlen dahin. Es ist schon nicht mehr schön. Der Polizeibericht weiß von verschiedenen Unfällen infolge des Schneefalls zu melden. Eine seltene Sehenswürdigkeit für Stuttgart bildete ein Schlittengepann, das vom Oden kam.

Musikertagung. Der 15. Vertretertag des über 6500 Mitglieder zählenden Süddeutschen Musiker Verbands wurde am Samstag und Sonntag in Cannstatt abgehalten. Folgende Entschlüsse fand einstimmig Annahme: „Der Süddeutsche Musiker-Verband stellt mit Bedauern fest, daß durch die Mechanisierung der Musik eine große Zahl von Musikern erwerbslos geworden ist. Er fordert seine Kapellen und Vereine auf, bei allen Gelegenheiten diesen Musikern im Benehmen mit den Arbeitsämtern Erwerb zu bieten. Die Not der arbeitslosen Musiker wird aber von gewisser Seite zu dem Versuch ausgenützt, die Musikvereine (Kapellen) zu zerstören. Solche Bestrebungen haben nur den Zweck, die Behörden zu einem allgemeinen Spielverbot der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Verwaltungen zu bringen. Der Verband wird diese Bestrebungen mit allem Nachdruck abwehren. Die Musikausübung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist durch die Richtlinien des Reichsministers des Innern und des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung geregelt. Diese Bestimmungen reichen völlig aus, um die berechtigten Interessen der Berufsmusiker und die der Musikvereine (Kapellen) auszugleichen. Ein allgemeines Verbot der Musikausübung unserer Mitglieder bedeutet eine schwere Schädigung der freiwilligen Musikpflege und die weitere Vernichtung wichtiger Kulturgüter.“ Die Durchführung des im nächsten Jahr stattfindenden 8. Verbands-Musikfestes wurde der Stadt Heilbronn übertragen.

Ein phantastischer Raubüberfall. Der Raubüberfall in einem Schokoladengeschäft in der Hauptstätterstraße, über den kürzlich berichtet wurde, ist aufgeklärt. Er hat sich als Phantasiegebilde einer nerods überreizten Frau herausgestellt.

Aus dem Lande

Heilbronn, 10. März. Heilbronn als Tagungsort. Unsere Stadt ist für die Herbstmitgliederversammlung des gegen 40 000 Mitglieder zählenden Abvereins vorgesehen. Der am nächsten Sonntag in Plochingen tagende Hauptausflug des Vereins wird darüber Beschluß fassen.

Elwangen, 10. März. Stromverband Jagstkreis. Die am Samstag hier abgehaltene Verbandsversammlung hat festgestellt, daß sie eine Ermäßigung des Kilowattstundenpreises um 2 Pf. und die Ermäßigung der Anschlußgebühr um die Hälfte für notwendig hält. Die Verhandlungen mit der Rhein-Elektra sollen in diesem Sinn sofort aufgenommen werden. Der Abschluß des Stromverbands auf 30. Juni 1930 zeigt eine erfreuliche Zunahme des Verbandsvermögens von 2 208 039 auf 2 388 582 RM.

Schmerbach O. Mergentheim, 10. März. Bei der Bürgermeistereiwahl erhielt Landwirt Wilhelm Ullm 72 Stimmen, Bürgermeister Konrad Markert 67 Stimmen. Ullm ist somit gewählt.

Neresheim, 10. März. Landwirtschaftliches. Die landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft Bopfingen und Neresheim haben sich zusammengeschlossen. Der Sitz ist Bopfingen, in Neresheim wird eine Zweigstelle geführt. In einer landwirtschaftlichen Versammlung wurde eine Erwerbsgenossenschaft für den Bezirk Neresheim gegründet. Die Geflügelzucht wird im Bezirk namentlich in dem Geflügelhof des Klosters Neresheim und auf der Geflügelfarm bei Neresheim stark betrieben.

Vom Ries, 10. März. Das Ende des Traktors in Möttingen ist nunmehr besiegelt. Mit dem Abbruch der Drahtseilbahn nach Bollstadt wurde bereits begonnen. Die Maschinen in den Hallen werden abmontiert und verladen. Die Gebäude selbst sollen vorerst stehen bleiben und später für eine andere Industrie verwendet werden.

dir höre, macht sie mir fremder. Ich wollte, sie wäre schon fort aus Berlin. Ich wäre auch nicht mit ihr gefahren, hätte sie mir vorher gesagt, was sie von mir will. Aber da sie nun mein Versprechen hat —“

„Sie weiß dich eben richtig zu behandeln,“ rief Uchi leidenschaftlich erregt. „Dies Versprechen hat sie dir förmlich erpresst. Du brauchst es nicht zu halten. Und wenn du es durchaus erfüllen willst, so nimm mich wenigstens mit.“ Sie weinte nun auch in ihrer hemmungslosen, leidenschaftlichen Art, die er an ihr kannte und fürchtete.

„Mitnehmen? In dieser Verfassung? In dieser großen Erregung und Wut? Weinend, böse auf mich und sie? Uchi, was würde das für eine Fahrt zu dreien! Ruth und du, ihr steht euch doch nun einmal feindlich gegenüber. Rein, Liebbling, das geht nicht. Es würde so aussehen, als ob du nicht wagtest, mich aus den Augen zu lassen. Uchi, so ist es doch, nicht?“

„Nimm mich mit,“ bat sie statt aller Antwort.

„Bedenke die großen Unkosten,“ entgegnete er. „Wir haben es doch nicht so reichlich. Und alle anderen Erwägungen sprechen auch dagegen. Rein, Uchi, sei vernünftig und lieb. Zeige mir, daß du mir vertraust, zeige mir, daß du mich wirklich, voller Güte und Zuversicht, liebst, und laß mich reifen. Ich gelobe dir hoch und heilig, in Zukunft vorsichtiger mit Ruth zu sein, mich nicht ein zweites Mal von ihr so einfangen zu lassen. Ich werde mich, soweit ich es irgend kann, von ihr zurückziehen, auch das verspreche ich dir, da du es von mir forderst. Aber heute mußt ich mein Wort halten, Uchi.“

„Tue es nicht!“ bat sie noch einmal weinend.

„Aber es ist meine Menschenpflicht!“ sagte er leidenschaftlich. „Ich wäre unritterlich, unfreundlich und

feige, wenn ich mich diesem Dienst, um den sie mich bittet, entziehen wollte. Ich muß gehen. Aber morgen mittag bin ich wieder bei dir. Und inzwischen wird mein Liebbling eingesehen haben, daß ich nicht anders handeln konnte.“

Er hatte in Eile in eine Handtasche einige Kleinigkeiten gelegt. Jetzt hörte man draußen Ruth Carinis Stimme: „Udo, komm endlich. Wir veräumen noch den Zug. Du brauchst doch keine halbe Stunde Abschied zu nehmen, morgen bist du doch wieder zurück. Komm, Udo, ich bitte dich.“

Ihr Ton war dringend, bittend und fordernd zugleich. Udo beugte sich über seine Frau, die auf einem Stuhl hockte und weinte.

„Lebe wohl, Liebbling, bis morgen.“

Sie antwortete ihm nicht. Gab ihm kein gutes Wort. An der Tür blieb er stehen, blickte noch einmal zurück. Sah ihren zarten Körper in Schluchzen bebend, sah ihr verweintes unglückliches Gesichtchen.

Einen Augenblick war er nahe daran, ihr zuzurufen: „Ich bleibe bei dir!“ Aber da hörte er draußen wieder der Freundin Stimme: „Willst du mich wirklich im Stich lassen, Udo? Hast du vielleicht gar Angst vor meinem Mann?“ Ein Nun war ihr Ton unsagbar spöttisch und verächtlich. Eine Blutwelle schoß Udo zum Herzen. Rein, verhöhnen sollte Ruth ihn nicht, ihn nicht für feige und unritterlich halten.

„Ich komme,“ rief er schnell. Und noch einmal zu Uchi gewandt: „Auf Wiedersehen, mein Kleines. Sei gut und lieb, wenn ich wiederkomme.“

Aber sie antwortete ihm auch jetzt nicht.

(Fortsetzung folgt).

O. Tübingen, 10. März. Eine außergewöhnliche Ehrung wurde dem derzeitigen Rektor der Universität, Professor Dr. Litzmann, zu Teil. Der Gelehrte wurde in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiet der Erforschung der orientalischen Sprachen und Literatur zum Ritter des Ordens Pour le Mérite für Kunst und Wissenschaft gewählt. Er empfing diese hohe Würde an Stelle seines im vorigen Jahr verstorbenen Lehrers Th. Nöldeke, dem er 1906 bereits in Straßburg im Amt des Ordinarius für semitische Philologie nachfolgte. Das hohe Ansehen, das Professor Litzmann als Gelehrter genießt, fand seinen Ausdruck bisher bereits darin, daß ihn die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Halle zum D. der Theologie ehrenhalber promovierte, daß ihn die Wiener Akademie der Wissenschaften zu ihrem korrespondierenden Mitglied ernannte, daß Professor Litzmann nacheinander an den Universitäten Straßburg, Kairo, Göttingen, Bonn und Tübingen lehren konnte und Berufungen nach Berlin, Heidelberg, München, Göttingen und Baltimore erhielt, die er jedoch ablehnte. Die Universität Tübingen, welcher der Gelehrte treu geblieben ist und die sich im letzten zu Ende gehenden Amtsjahr seiner Führung als Rektor erfreuen darf, ist stolz, einen der wenigen so ausgezeichneten zu den Ehren zählen zu dürfen und nimmt lebhaften Anteil an der erfolgten Ehrung.

Die Schwalben sind da. Den Staren sind auch die Schwalben gefolgt. Ein Zug von etwa 100 Stück wurde gestern früh in der Nähe des Gaswerks beobachtet, von wo sie nach kurzer Rast in westlicher Richtung davonslogen.

Rottenburg, 10. März. Explosion. Am Montag morgen explodierte im Keller der Schreibwarenhandlung Martin Schäfer während der Ausbesserung eines Gasrohrs durch einen Arbeiter des städtischen Gaswerks die mit 3 Liter Naphthalin-Benzol gefüllte Kanne. Das austretende Gas hatte sich an einer brennenden Kerze entzündet. In Flammen gefaßt, stürzte der Hausbesitzer ins Freie und löschte durch Wälzen im Schnee die Flammen. Beide Männer erlitten schwere Brandwunden. Die Beckerlinie löschte das Feuer. Eine Wöchnerin mit dem Neugeborenen und die Säuglingschwester mußten auf der Feuerwehreinheit gerettet werden.

Lotteriegewinn. Nicht das große Los, aber doch 2000 Mk. der Klassenlotterie haben 15 Erwerbslose und Kurzarbeiter in Rottenburg gewonnen.

Freudenstadt, 10. März. Eine Kuh beim Eisenbahntransport erstickt. In einem Viehwagen der Reichsbahn, in dem Rindvieh von Altheim nach Freudenstadt transportiert wurde, wurde gestern früh beim Ausladen in Freudenstadt eine Kuh verendet vorgefunden. Wahrscheinlich war sie zu kurz gebunden und erstickt.

Rottweil, 10. März. Hauptversammlung der württembergischen Eisenbahner. Am 7. und 8. März fand die Hauptversammlung des Landesverbandes Württemberg der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. im Wiederholtsaal hier statt. Den Jahresbericht für 1929 und 1930 erstattete der Verbandsgeschäftsführer Reichsausschreiber Grob. Der Verband hat nunmehr eine Mitgliederzahl von 10.129 erreicht. Von der Gesamtzahl des württembergischen Eisenbahnpersonals von 23.479 Köpfen entfallen auf die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner somit 43,14 v. H. Im Berichtsjahr hat der Verband für Sterbefälle und Betriebsunfälle, für Rechtschutz und an Krankengeld den Betrag von 69.088,74 Mk. zum Nutzen seiner Mitglieder und deren Angehörigen aufgewendet. Der Verband unterhält neben der Geschäftsstelle in Stuttgart zwei Bezirkssekretariate in Ulm und Heilbronn und besitzt drei Eigenheime.

Schramberg, 10. März. Störung einer nat.-soz. Versammlung. Die letzten Sonntagabend im Bärensaal abgehaltene nat.-soz. Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Wiegand als Redner mußte gegen 10 Uhr abends wegen starker Störungen durch Kommunisten und andere Parteien polizeilich geschlossen und der Saal geräumt werden. Kennenwerte Verletzungen von Personen sind nicht bekannt geworden.

Tuttlingen, 10. März. Versammlungsverbot. Im Bezirk des Polizeiamts Tuttlingen wurden bis auf weiteres alle Versammlungen und Aufzüge jeder Art unter freiem Himmel seitens der SPD, der Arbeiterwehr oder sonstiger Organisationen der SPD verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß die Kommunisten an dem Polizeiuverfall am 27. Februar schuld seien.

Ulm, 10. März. Vom Rathaus. Stadtrat Fesle (Soz.) gehört 20 Jahre dem Gemeinderat an. Oberbürgermeister Dr. Schwanninger würdigte die Verdienste des Jubilars, wofür der Soz. dankte. — Die Deutschnationale Volkspartei hat den Antrag gestellt, das Schächten im hiesigen Schlachthof zu verbieten, weil es eine Tierquälerei sei. Seit dem Verbot des Schächens in Bayern läßt ein Münchener Metzger eine große Anzahl Tiere im hiesigen Schlachthof schlachten und führt das Fleisch nach Bayern aus. Die Zahl der Schächungen ist vom 1. Oktober bis 31. Januar 1931 auf 1342 gestiegen, d. h. 1233 Schächungen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Ulm hat nur einen Bedarf von 97 Schächungen. Die Deutschnationale Fraktion stellte deshalb den Antrag, den mit dem Münchener Metzger abgeschlossenen Vertrag zu kündigen und das Schächten für Bayern im Ulmer Schlachthof zu verbieten. Mit dem ersten Antrag hatte sich schon die Innere Abteilung des Gemeinderats befäßt und war zu dem Ergebnis gekommen, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen, weil in dieser Frage der Gemeinderat nicht zuständig sei. Das Kollegium schloß sich dem Antrag der Innern Abteilung an.

Reichswehrrübungen im Schnee. Das 5. Bionier-Bataillon kehrte am Samstagabend nach Ulm zurück, nachdem er vom 4. bis 7. März auf dem Truppenübungsplatz Mürren Übungen abgehalten hatte. Der größere Teil des Bataillons legte den Hin- und Rückmarsch auf Kraftfahrzeugen zurück. Die Schneeverhältnisse boten für diesen Kraftwagenmarsch ganz erhebliche Schwierigkeiten. Besonders stark waren die Verwehungen bei Hopfenburg, 1 Km. südlich Mürren. Hier mußten die Mannschaften erst einen Weg durch die 15 Meter tiefen Schneewehen schaufeln und dann, an Langtauen ziehend, die Kraftwagen über den Berg helfen, eine Arbeit, die einen Zeitaufwand von drei Stunden erforderte. Im ganzen dauerte der Rückmarsch acht Stunden.

Malerbundestag. Am 14. und 15. März findet hier im Saalbau der 26. Württ. Malerbundestag statt. Verbunden ist eine neuzeitliche Fachausstellung von Lehrarbeiten im 1., 2. und 3. Lehrjahr. Hierauf folgt Gesellenprüfung und eine Meisterprüfung. Des Weiteren ist mitverknüpft eine Materialausstellung von Farben und Lacken, Pinseln, Tapeten, Vorhängen, Spannstaffeln usw. Aus An-

laß der Reichshandwerkerwoche veranstaltet die Freie Malerinnung Ulm am Samstag, 14. März, einen großen Werbezug.

Dem Erstickungstod entronnen. In einem Baugrund in der Weststadt errichteten Knaben aus zusammengetragenen Schneemassen eine Burg. Auf dem Bauch rutschend, konnte man durch ein Loch ins Innere gelangen. Während ein Knabe an der Rückseite mit einer Schaufel den Schnee feststieß, brach plötzlich der hohle Bau zusammen, einen im Innern befindlichen Knaben vollständig begrabend. Herbeigeeilte Männer schaufelten den Zugedeckten rasch heraus. Der Junge war schon bewußtlos.

Amtsunterschlagung. Der verh. Schuttmann Haberhoh von Niedlingen hatte sich wegen Amtsunterschlagung zu verantworten. Er hatte den Einzug der Einwohnersteuer und der Feuerwehrgabe zu erledigen und hat sich dabei Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Es handelt sich um etwa 270 Mark. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. — Am Nachmittag wurde verhandelt gegen den Ratsdiener Karl Stäiger von Niedlingen wegen Amtsunterschlagung beim Einzug der Hundsteuer und des Marktlandgelds. Schwer angekreidet wurde ihm ferner, daß er den alten, höchst bedürftigen Sozialrentnern, dabei sind Leute bis zu 90 Jahren, die Renten nicht ausbezahlt, sondern unterschlagen und die Quittungen zum Teil gefälscht hat. Stäiger handelte nicht aus Not. Der unterschlagene Betrag ist etwa 630 Mk. Stäiger wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Rifegg. Viberach, 10. März. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde der bisherige Bürgermeister Weber glänzend wiedergewählt.

Ravensburg, 10. März. Brand. Am Samstag ist das freistehende zweistöckige Dekonomiegebäude des Landwirts Lorenz Stähle in Obersören, Gde. Zogenweiler, bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das lebende Inventar und ein Teil der Fahrnisse konnten gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Walbsee, 10. März. Kraftwagenverkehr eingestellt. In bedrückender Weise mehrt sich die Schneemasse in unserer Gegend. Unaufhörlich schneit es; alle Pferdegespanne, die in der Stadt aufgetrieben werden konnten, mußten zum Entfernen der Schneemassen aus der Stadt und zum Bahnhöfenfahren benutzt werden. Der Kraftwagenverkehr Walbsee—Haistergau—Burzach mußte bis auf weiteres eingestellt werden.

Haistergau, 10. März. Neue Turmuhr. Der Haisterkircherturm erhält eine neue Uhr im Wert von etwa 5000 Mk mit elektrischem Aufzug, von der Firma Turmuhrfabrik Herz in Ulm geliefert. Am Pfingsten wird sie den Bewohnern zum erstenmal die Zeit angeben.

Vom bayerischen Maßen, 10. März. Schneereicher Winter. Im Wald oberhalb der Ulrichsbrücke bei Neuschwanstein wurden dieser Tage acht verendete Rehe aufgefunden. Im Zwielfelbachal wurde ein toter Hirsch aufgefunden, dem das Geweih fehlte und der anscheinend von Hund zu Tod gehetzt worden ist. Auf der Strecke Reute—Heiterichswang ging eine etwa 100 Meter lange und 2 Meter hohe Lawine nieder, die den Zugverkehr zwei Stunden lang lahmlegte.

Amliche Dienstaachrichten

Uebertragen: Je eine Lehrstelle an der kath. Volksschule in Guttenzell. Viberach dem Hauptlehrer Matheis in Fromrot. Ulm: Elmöngen; Neuenheim. Ulm: Elmöngen dem Hauptlehrer Wiedmann in Gundershofen. Ulm: Mürren; Ulm: St. Rabe; Ravensburg dem Hauptlehrer Kreuzberger in Willershofen. Ulm: Leutkirch.

Lokales.

Wildbad, den 11. März 1931.

Gemeinderatsitzung am 10. März 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder; außerdem einige Zuhörer.

1. Nutzungsplan des Stadtwaldes für 1931. Vom städt. Forstamt der Nutzungsplan für 1931 bis 1932 vorgelegt worden, der eine Nutzungsmenge von 9.560 Festmeter vorsieht; die von Seiten der Körperschaftsforstdirektion genehmigte Nutzungsmenge ist mit dieser Ziffer vollständig ausgenutzt; mit den Fällungen ist teilweise schon begonnen worden. Der Vorsitzende beantragt vorläufige Genehmigung, was auch geschieht. An Ausgaben sind vorgegeben: Holzhauserlöbne 67.000 Mark, davon im Lagelohn 33.000 Mark, im Auflohn 34.000 Mark; da die Löhne noch nach den alten Sätzen aufgestellt sind, verbleiben nach Abzug von 6 Prozent 62.980 Mark. Die Kulturkosten, vom Vorsitzenden als zwangsläufige bezeichnet, an denen man weder sparen darf und kann, betragen 20.895 Mark; davon für Pflanzschulen 4.700 Mark, Anlegung von Zäunen zum Schutz gegen das Wild 2.495 Mark, Pflanzungen 13.700 Mark. Unterhaltung der Wege 6.800 Mk., allgemeine Kosten 500 Mark, Urlaubskosten 1300 Mark, für verstärkten Forstschutz im Sommer 300 Mark, Spazierwege für den Kurbetrieb 2.700 Mk. In jeder der vorgenannten Positionen knüpft sich eine kürzere oder längere Aussprache. Stadtrat Huzel stellt die Anfrage, ob mit der Nutzungsmenge unser Holzbestand nicht geschädigt wird, worauf der Vorsitzende erwidert, daß von zehn zu zehn Jahren die Holzmenge aufgenommen und nach dieser Menge der Nachwuchs festgestellt wird; auf Grund dieses Resultats stellt die Körperschaftsforstdirektion die Nutzung fest. Auf Aufforderung des Vorsitzenden gibt der Forstmeister noch weitere Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß bei den Holzfällungen auf unsere nachfolgenden Generationen Rücksicht genommen wird. Auch über die heutige Bewirtschaftungsweise des Waldes wurde gesprochen, wobei Stadtrat Fesle auf der neuen Art der Bewirtschaftung das Wort redet; sie sei sozusagen individueller. Bei den Kulturkosten macht Stadtrat Bött die Anregung, auf den beiden Feldern bei der Marienruhe portartige Pflanzungen zu machen; der Forstmeister hat gegen diese Anregung keine Bedenken. Der Vorsitzende ist außer für einen bequemen Aufgang zur Hochwiese für Beibehaltung des jetzigen Zustandes, da die Wiesen mit dem Wald im Hintergrunde einen schönen Ausblick bieten. Es wird aber dann doch beschlossen, einige Anpflanzungen zu machen. Stadtrat Frische erucht, die neue Wegbeschilderung im Laufe des Frühjahrs noch durchzuführen; seitens der Kurgäste seien schon viele Klagen über die mangelhafte Markierung eingegangen. Im Kurverein ist schon früher zu diesem Zweck eine Kommission gewählt worden, an die mit der Bitte herangetreten werden soll, die neue Beschilderung baldigst in Angriff zu nehmen. Die Stadtgemeinde wird

selbstverständlich dazu einen Beitrag leisten, erwartet aber auch Beiträge von der Badverwaltung, dem Kurverein und dem Schwarzwaldberein. Etwas herauskommende neue Führer sollen sich nach der Wegbeschilderung richten; das Anbringen von neuen Nummern wird nicht mehr gestattet. Stadtrat Stephan bringt Klagen vor über Wassergräben in der Rohmühl und in der Wolfsschlucht oberhalb der Rennbach, die bei den Schiffahrern leicht Unglücksfälle hervorrufen können; Abhilfe durch Einlegen von Röhren wird zugesagt. Stadtrat Bött regt die Instandsetzung des letzten Wegstückes des Leonhardswaldweges an. Da das Stadtbauamt die Herstellung des Leonhardweges angefangen hat, wird es auch das letzte Wegstück ausführen. Den Schluß der Aussprache über den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Zustand der Holzabfuhrwege; an eine radikale Verbesserung dieser Wege ist bei den derzeitigen Holzpreisen nicht zu denken.

2. Holzhauserlöb für Aufbereitung des Schneedruckholzes. Der Akord wurde öffentlich ausgeschrieben; die Bedingungen lagen zur Einsicht auf. Es wurde Zuschlag beantragt: Börd. Blöcherain mit 40 Festmeter, Hint. Blöcherain mit 40 Festmeter an Gustav Haag, Sulzlopp mit 200 Festmeter an Rud. Haag (Sprollenhaus), Wannekopf mit 80 Festmeter an Wilh. Haag (Sprollenhaus), Farnplatte mit 40 Festmeter an Karl Günther (Nonnenmühl). Nach Verlesung der Bedingungen beantragte Stadtrat Bött einen Passus; eine beantragte Änderung wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Der Holzakord wurde sodann genehmigt. Gegen den Zuschlag des Schneedruckholzes vom Sommerberg und An der Linie an Wilh. Bött hier, wurde kein Einspruch erhoben; ebenso fanden drei weitere Holzverkäufe, davon einer an die Württ. Holz-einfuhrgenossenschaft, Genehmigung.

3. Liegestuhlvermietung im Sommerberg. Die bisherige Verpachtung an Jagdhüter Rometsch hat verschiedene Anstände ergeben; es mußte der Pachtzins von 890 Mark ermäßigt werden und wurden Klagen über mangelhafte Bedienung laut. Der Vorsitzende vertritt die Meinung, daß, wenn die Liegestuhlvermietung eine tabellarische Einrichtung sein soll, man die Sache in eigene Regie übernehmen müsse. Von anderer Seite wurde die Ansicht vertreten, eine nochmalige Verpachtung vorzunehmen. Nach längerer Aussprache lagen schließlich zwei Anträge vor. Der Antrag des Vorsitzenden, die Liegestuhlvermietung in eigene Regie zu übernehmen und zwei Frauen die Beaufsichtigung zu übertragen, wurde mit 6 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag von Stadtrat Brachhold mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Dieser Antrag besagt, die Liegestuhlvermietung auf weitere drei Jahre öffentlich zu verpachten und dem Pächter vorzuschreiben, eine Frau anzustellen, die aber vorher vom Gemeinderat bestätigt werden muß. Sollte der bisherige Pächter einen neuen Pachtvertrag nicht eingehen, dann ist der neue Pächter verpflichtet, wenn Herr Rometsch es wünscht, für Übernahme der Liegestühle, Hütte usw. an Jagdhüter Rometsch eine Entschädigung von 1500 Mark zu zahlen.

4. Sonstiges. Die in einer der letzten Sitzungen gewählte Kommission hat das Schlachthaus besichtigt und erfordern die allernotwendigsten Arbeiten einen Aufwand von 5.100 Mark, das sind 2.100 Mark weniger, als ursprünglich vorgesehen war. Stadtrat Frische und Kloß geben noch näheren Aufschluß über die auszuführenden Arbeiten; ihnen schließen sich an Stadtrat Stephan, Bött und Waidelich. Das Stadtbauamt wurde mit der Bergung der Arbeiten im Wege des schriftlichen Angebots beauftragt. Die Mittel werden der laufenden Verwaltung entnommen und im nächsten Etat eingestellt. — Die Bergbahnverwaltung wurde beauftragt, Mietvertrag über die zwei Zimmer im Bergbahngelände mit Dr. Schröder abzuschließen; der Mietzins beträgt 800 Mark. Weitere Bewerber waren Koch, zum Ratskeller und Wandpflug, König-Karlstraße. — Der Kauf eines Grundstücks mit 12 Ar 17 Quadratmeter von den Erben des Nagelschmieds Krauß um den Preis von 200 Mark wurde vom Gemeinderat genehmigt. Das Feld befindet sich an der alten Steige und grenzt an den Stadtwald. — Landtagsabgeordneter Dr. Rauthe hat im Landtag eine Anfrage wegen der Stuttgarter Schwarzwalddasserverordnung eingebracht. Der Vorsitzende erklärte, daß man Dr. Rauthe zu Dank verpflichtet sei, daß das Damoclesschwert, das über Wildbad schwebte, verschwinde; Regierung und Landtag müssen endlich einmal eine Entscheidung treffen, daß aus der Engh oder der Enz kein Wasser entnommen werden darf. — Der Oberschulrat schreibt die Schaffung einer unständigen Lehrstelle an der Volksschule in eine ständige Lehrstelle vor; er knüpft daran die Drohung, daß bei Nichtbeachtung die unständige Lehrkraft abberufen wird. Der Mehraufwand durch die Umwandlung würde 1.232 Mark betragen. Das Verhältnis der ständigen zu den unständigen Lehrkräften ist heute 6 zu 3, während es 7 zu 2 betragen soll. Von allen Rednern werden die Vorteile einer ständigen Lehrkraft nicht verkannt; andererseits aber die schwierige finanzielle Lage der Gemeinde, die alle Bildungsbestrebungen immer unterstützt habe, ins Feld geführt. Nur wenn vom Staat ein Zuschuß zu den Lehrergehältern, ein Bauzuschuß zur Erweiterung der Wilhelmsschule geleistet wird, kann die Stadtgemeinde der Umwandlung einer unständigen Lehrkraft in eine ständige Lehrkraft in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit näher treten. — Der Verkauf des städtischen Hauses an Oberlehrer Kern um den Preis von 19.200 Mark wurde von der vorgelegten Körperschaft genehmigt. — In Sprollenhaus wurde vor zwei Jahren ein Geländer durch ein Auto beschädigt. Die Reparaturkosten betragen 42,29 Mark; davon trägt die Haftpflichtversicherung 21,15 Mark, den Rest die Stadtkasse. — Das Oberamt teilt mit, daß das Wirtschaftsgeld des Hermann Lindenberger genehmigt sei. — Stadtrat Bött stellt fest, daß es schon geraume Zeit her sei, daß man von der Herstellung des Gehweges in der Rennbachstraße etwas gehört habe; in den nächsten Wochen würden 37 Erwerbslose ausgesteuert und es gelte, Arbeit zu schaffen. Der Vorsitzende erklärt, daß das Stadtbauamt nochmals Voranschlag anfertigen wird und soll versucht werden, die Bewilligung zur Aufnahme der zu den Arbeiten nötigen Mittel zu erlangen. — Stadtrat Waidelich fragt nach dem Stand der Baugenossenschaft und regt die Bereitstellung von Bauplätzen für noch weitere vorhandene Baulustige an. Der Vorsitzende erwidert, daß die Genehmigung für die Baugenossenschaft immer noch nicht da sei, weitere Bauplätze für Baulustige sind noch am Turnplatz vorhanden. — In einer weiteren Angelegenheit, die Stadtrat Waidelich anschnaubt und die von Stadtrat Huzel unterstützt wird, beantragt der Vorsitzende Uebergang zur Tagesordnung, was mit 12 gegen 3 Stimmen genehmigt wird. Die Angelegenheit die in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt wird, betrifft ein Vorkommnis zwischen dem städtischen Forstmeister und einem hiesigen jüngeren Bürger.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5.45 Uhr.

Die Gefellenprüfung bestand gestern im Schreinergerwerbe Eugen Gutbub mit der Note „Gut“. Wir gratulieren!

Eine Gegenüberstellung. Genau vor 66 Jahren jammert ein Poet in der Wildbader Chronik vom Jahr 1867 über den damaligen schneereichen Winter:

„In Wildbads Tal hat's tiefen Schnee,
Und viele rufen aus: O weh!
Wo bleibt die Märzwinde?
Wo bleibt die Schneepfe, wo der Storch?
Wer heut dem Schnee, daß er gehorch
Und ihn der Kuckuck hole? — —

Auch heute rufen die Wildbader in Anbetracht der großen Schneemassen welche uns die letzten Tage gebracht hatten ein „o weh“ aus. Da aber ein rascher Witterungsumschlag sehr verhängnisvoll werden könnte, hoffen wir, daß in Anbetracht der wieselfo großen Not, der Winter langsam aber sicher dem wartenden Frühling Platz macht.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Familientragödie. In Budapest sprang die Privatbeamtin Irene Rosenbergs vom Ufer der Margaretheninsel in die Donau. Sie konnte nur sterbend gerettet werden. Kurz darnach wurde in der Nähe der Elisabeth-Brücke die Leiche ihrer Schwester, der Verkäuferin Elisabeth Rosenbergs, aus dem Wasser gezogen. Aus einem Schreiben ging hervor, daß sie wegen materieller Sorgen den Selbstmord begangen habe. Abends erschienen die Angehörigen der beiden auf der Polizei und meldeten, daß die dritte Schwester gleichfalls verschwunden sei. Man nimmt an, daß auch sie mit ihren beiden Schwestern Selbstmord begangen hat.

Die Arbeit des Gustav-Adolf-Vereins. Die erste Vollziehung des Hauptvorstands des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig beschäftigte sich mit den Vorbereitungen zur Hauptversammlung von 1931, die vom 12. September ab in Dresden abgehalten werden und die mit einer Tagung in Münster schließen soll. — Ueber 40 000 Mark konnten als Unterstufungen verteilt werden; namhafte Beträge gingen nach Bessarabien, an das Herder-Institut in Riga, ferner zur Unterstützung der Orientarbeit des Kaiserswerther Diakonistenhauses. Außerdem wurden Summen überwiesen für die innere Einrichtung der Kirche in Radkersburg, für die Wohlfahrtschule der Inneren Mission in Danzig, zur Tilgung der Kirchenbauschuld in Semlin und für die deutsche Reisepredigerarbeit in der Slowakei. Zum Gegenstand des gemeinsamen Liebeswerks der Gustav-Adolf-Frauenvereine wurde der Neubau in Stanislau bestimmt. Für die Evangelischen in Siebenbürgen, deren Landeskirchenliste nahezu leer ist und von wo dringende Hilferufe kommen, soll eine größere Hilfsaktion vorbereitet werden.

Der Schneefall im Schwarzwald hält immer noch an. Auch in der Rheinebene gingen große Schneemengen nieder und führten zu Verkehrserschwerungen. Die Telegraphenmasten stehen auf den Höhenzügen des Schwarzwalds derart tief im Schnee, daß man mit den Händen die Telegraphendrähte erreichen kann. Autoverkehr ist im Schwarzwald unmöglich. Die Schweizer Züge haben Verspätungen bis zu zwei Stunden.

Regen in der Schweiz. Im Lauf des Dienstag-Vormittags haben die starken Schneefälle in der Schweiz nachgelassen. Im Südwesten des Landes fällt Regen. Die Temperaturen liegen im Mittel zwischen 4 und 5 Grad unter Null. Die tiefen Lagen in der Nordschweiz haben eine durchschnittliche Schneedecke von 50 Zentimeter.

Das Kindersterben in Lübeck. Die Lübeckische Bürgergesellschaft hat den Vorschlag des Senats, für das laufende und das nächste Haushaltsjahr je 200 000 RM. für die Kosten der unglückseligen Calmette-Impfung zu bewilligen, sowie ein Schiedsgericht für die Entschädigungsansprüche einzusetzen, angenommen. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf 172 355 RM.

Der Raubüberfall in Altona aufgeklärt. Der am 6. März in Altona bei Hamburg auf einen Bankboten verübte Überfall, bei dem eine Tasche mit 20 000 RM. geraubt wurde, ist aufgeklärt. Als Haupttäter wurde ein 32jähriger in Altona wohnender Kohlenarbeiter, ein Verwandter des überfallenen Boten, festgenommen. Weiter wurden als Mitwisser in Hamburg noch drei Männer festgenommen, während drei weitere an der Tat Beteiligte noch gesucht werden. In der Wohnung eines der Verhafteten wurden in einem Versteck 2400 RM. gefunden.

10 000 Obdachlose auf der Insel Mauritius. Infolge der Wirbelstürme, die in den letzten Tagen die Insel Mauritius verheert haben, sind schätzungsweise 10 000 Menschen obdachlos geworden. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

Der politische Gegner. Der britische Schatzkanzler Snowden (Arbeiterpartei) ist bekanntlich an Influenza schwer erkrankt; die völlige Wiederherstellung dürfte längere Zeit brauchen. Dazu schreibt ein englisches Blatt der äußersten Rechten: „Snowden hat im Parlament so viele politische Feinde, wie irgendeiner. Aber jetzt, wo er erkrankt ist und seine Erholung nicht so schnell vor sich geht, wie man hoffte, hat er nur Freunde. Wenn dieser furchtlose Mann, dessen Furchtlosigkeit seinen ganzen Werdegang bestimmte, diese Krankheit überstanden hat und ins Parlament zurückkehrt, wird der Kampf wieder beginnen. Inzwischen aber herrscht bei allen — in und außer dem Parlament — nur ein Wunsch: möge er bald wieder hergestellt sein.“

Abd el Krim's Bruder aufsteht. Der durch seinen langen heldenmütigen Kampf in Marokko gegen Franzosen und Spanier berühmt gewordene, unbeflegte ehemalige Führer der Rifkämpfer, Abd el Krim, hat einen Bruder Mohamed. Dieser ist seit einiger Zeit bei einem Landwirt in dem Harzer Dorf Starkebel als Küstler eingestellt und befindet sich recht wohl in dieser Stellung. Er steht mit Abd el Krim in ständiger brieflicher Verbindung. — Abd el Krim wurde bekanntlich von den Franzosen durch allerlei Versprechungen zur Waffenübergabe überlistet und dann gefangen genommen und nach Madagaskar verbannt.

Die größte Bibel der Welt. Ein Tischler in Los Angeles, Louis Wagoner, hat zwei Jahre lang gearbeitet, um die größte Bibel der Welt herzustellen. Sie ist jetzt vollendet. Er benutzte dazu eine Hand-Stampmaschine, mit der er auf die einen Meter großen Seiten des Riesenschrifts jeden einzelnen Buchstaben und jedes Interpunktionszeichen einprägte, wobei er sich seine Familienbibel als Muster nahm. Das Buch enthält 8048 Seiten, wiegt 1094 Pfund und hat eine Dicke von 2 1/4 Meter.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 5. März

Leichte Zunahme der Devisen

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. März 1931 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 885,2 auf 2073,2 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 283,2 auf 4144,8 Mill. RM. derjenige an Rentenscheinen um 37,9 auf 401,5 Mill. RM. verringert. Die fremden Gelder zeigten mit 301,3 Mill. RM. eine Abnahme um 23,5 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 0,3 Mill. auf 2285,4 Mill. RM. und die bedungsfähigen Devisen um 23,8 auf 189,4 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,6 v. H. in der Vormoche auf 55,1 v. H., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 55,3 auf 59,7 v. H.

Berliner Dollarkurs, 10. März. 4,196 G., 4,204 B.
Dt. Abf. Anl. 56,70.
Dt. Abf. Anl. ohne Ausl. 6,40.

Berliner Geldmarkt, 10. März. Tagesgeld 3,75—5,75 v. H.
Privatdiskont 4,625 v. H. kurz und lang.

Die Aktienmehrzahl (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. März 1931 auf 88,6 gegenüber 86,5 in der Vormoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (79,6), Gruppe verarbeitende Industrie auf 78,6 (76,8) und Gruppe Handel und Verkehr auf 111,1 (109,4).

Die Ruhlandreise deutscher Industrieller soll nach einer Moskauer Meldung ein für beide Teile befriedigendes Ergebnis gehabt haben. Die Sowjetregierung werde nächstens wieder Bestellungen unter neu vereinbarten Bestimmungen machen.

16-Millionen-Kredit der Stadt München. Die Stadtgemeinde München hat mit der Bayerischen Gemeindefinanzen einen Abnahmestillschluß getroffen, wonach diese 16 Millionen Reichsmark Inhaberschuldenscheine der Bayerischen Landeshauptstadt mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 1932 übernimmt. Die Zinsbelastung beläuft sich auf 9,2 Prozent.

Riesige Kapselimporte aus Amerika. Die Einfuhr amerikanischer Kapseln in Europa ist in der letzten Zeit über Hamburg und Bremen auf das Vierfache, über Rotterdam auf das 19fache und über Antwerpen auf das 180fache gestiegen.

Südd. Textil- und Bekleidungsmesse Stuttgart. Die Frühjahrsmesse findet vom 12. Mai in den Tagen 12., 13. und 14. April in der Stuttgarter Gewerbehalle statt. Mit der Messe wird eine Sonderchau mit vier Abteilungen verbunden sein. Diese vier Sonderabteilungen zeigen je in geschlossenen Räumen „Die Dame von morgen bis abends“; „Strand- und Sportbekleidung“; „Ausstattung des Kindes“ und „Das neuzeitliche Textilschaufenster“.

Wieder 1/2 Mill. D. Kaliminderabsatz im Februar. Die Absatzen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kalimerte im Februar 1931 betragen 1 546 472 D. Kalimerte gegen 2 027 234 D. Kalimerte im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten zwei Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kalimerten insgesamt 2 706 872 D. Kalimerte gegen 3 887 379 D. Kalimerte in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt.

Die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnsenkung haben, da die Gewerkschaften jede Lohnsenkung ablehnten, zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahnverwaltung wird nunmehr die Einteilung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Der Schiedsgericht in der Lausitzer Tuchindustrie (bproz. Lohnsenkung) wurde vom Schlichter für verbindlich erklärt.

Zahlungseinstellungen. Magdeburger Bau- und Kredit AG, Ueberkulduna 1,28 Mill. M. — Braunschweig GmbH.

PIANOS wenig gebraucht, eigen. Fabrikat, ton ich hervorragend, preisw., wegen Kautem oder bar mit mehrjähriger Garantie zu verkaufen. Besuche und Nebenberuf-Vertreter gesucht. Auch Ankauf von Interessenten erwünscht gegen zuzugewillte Vergütung.
Fr. Schilling, Pianof.-Fabrik Stuttgart, Immanndorferstraße 17.

Widder Hartglanzwachs
Neu
Widder
Hartglanzwachs

Konfirmations-Geschenke

Regenschirme, Damentaschen, Necessaires
Aktenmappen, Brieftaschen, Schreibmappen
Schreibzeuge, Koffer, Geldbeutel usw.

Josef Mayer, König-Karlstr.

Schreibmaschinen reist Zuhörer kaufen Sie billiger bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

Lehrlings Kleidung für alle Berufe gut und preiswert bei **Adolf Stern, Wildbad.**

Flechten Herr C. D. in Schöppelsdorf schreibt uns: „Unterzeichnetem bezeugt, daß ich durch Sie von den lästigen Flechten, an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in 8 Tagen geheilt worden bin.“
Auskunft kostenlos. **Sanitas-Vertrieb, Zirndorf (Bayern)**
Denkt an die hungernden Vögel!

Glas- und Metallwarenfabrik in Düsseldorf. — Rauchwarenfirmen P. Friedländer u. Co., Berlin, Schulden 1 Mill. M.

Stuttgarter Börse, 10. März. Die heutige Börse eröffnete etwas unsicher zu leicht abgeschwächten Kursen. Im Verlauf wurde es lebhafter und fester. Schluß höchste Tageskurse. Rentenmarkt geringes Geschäft bei wenig veränderten Kursen.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.
Berliner Getreidepreise, 10. März. Weizen markt. 29.10—29.30, Roggen 17.60—17.80, Braugerste 21.60—22.40, Futter- und Industrieernte 19.70—21.30, Hafer 15.30—15.90, Weizenmehl 34.50—40.75, Roggenmehl 25.75—29, Weizenkleie 12.50—13, Roggenkleie 11.40—11.75.

Magdeburger Zuckerpreise, 10. März. Innerhalb 10 Tagen 26 bis 26.40. Tendenz ruhig.

Bremen, 10. März. Baumw. Mittl. Univ. Stand. Iota 12.37.

Würt. Edelmetallpreise, 10. März. Feinsilber: Grundpreis 41.00, Feingold: Verkaufspreis 2314. M je Kg, Rein-Platin: 4.05, Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Palladium: 4.—, Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Kupfer: 3.90 M je Gramm.

Märkte
Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 10. März. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 31 Ochsen, 34 Bullen, 285 Jungbullen, 325 Jungkühe, 224 Kühe, 954 Kälber, 2227 Schweine, 6 Schafe. Davon blieben un verkauft: 20 Jungbullen, 40 Jungkühe, 50 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh möglich, Kälber beliebt.

Ochsen:	10. 3.	5. 3.	Küher:	10. 3.	5. 3.
ausgemästet	48-48	—	fleischig	20-25	—
weillich	40-44	—	gering genährt	15-19	—
weillich	—	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saugkälber	66-69	63-67
ausgemästet	40-41	38-41	mittl. Mast- und gute Saugkälber	58-64	57-62
weillich	36-38	34-37	geringe Kälber	51-56	50-55
weillich	34-35	—	Schweine:		
Jungkühe:			über 300 Pfd.	62-63	61-62
ausgemästet	49-51	48-50	240-300 Pfd.	62	61-62
weillich	43-47	42-46	200-240 Pfd.	51-52	50-51
weillich	38-41	—	100-200 Pfd.	49-50	48-50
gering genährt	—	—	120-160 Pfd.	48-48	47-48
Kühe:			unter 120 Pfd.	46-48	47-48
ausgemästet	35-39	—	Sauen	40-44	40-44
weillich	28-31	—			

Ulmer Schlachtviehmarkt, 10. März. Zutrieb: 7 Ochsen, 12 Kühe, 16 Kühe, 12 Rinder, 111 Kälber, 200 Schweine. Preise: Ochsen a 44—46, Kühe a 38—40, b 34—38, Kühe b 26—28, c 16 bis 24, Rinder a 46—48, b 42—44, Kälber a 60—62, b 56—58, Schweine a 46—48, b 42—44 Markt.

Borzhelmer Schlachtviehmarkt, 10. März. Zutrieb: 3 Ochsen, 13 Kühe, 46 Rinder, 17 Kühe, 19 Kälber, 377 Schweine. Preise: Ochsen a 47—49, Kühe a 43, b und c 41—39, Kühe a 38, b und c 25—20, Rinder a 50—52, b 44—47, Kälber b 65—68, c 58—63, Schweine a 54—56, c und b 53—55. M.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 17—25, Käufer 35. — Halb: Milchschweine 17—25, Käufer 27—30. — Rindlingen: Mutter- schweine 125—140, Milchschweine 18—26. — Schwemlingen: Milch- schweine 14—18. — Sulzbach a. Murr: Milchschweine 19—22. — Urach: Milchschweine 15—24. M.

Der Balingener Viehmarkt veröfent. Da im Bezirk Balingen a. E. und zwar in einem Gehöft in Hochdorf, die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen ist, kann der am Mittwoch in Balingen fällige Viehmarkt nicht abgehalten werden.

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 14.15, Saatweizen 16, Sommer- roggen 9.80, Gerste 12—12.80, Hafer 8.60—8.70, Futtererbsen 12. — Ceulfrich: Korn 12.50—13, Weizen 13, Gerste 12.50, Saatgerste 14, Hafer 8.50—10.20, Dinkel 10.50. — Rindlingen: Sommerweizen 17.50, Braugerste 11—11.20, Saatgerste 11.50—11.70, Futterhafer 8.20—9, Saathafer 9.80—10, Erbsen 18. M. d. Str.

Rauchwarenmarkt Ellwangen, 10. März. Der diesjährige Rauchwarenmarkt wies gegenüber dem Vorjahr eine etwa doppelt so starke Beschickung an Pelzwaren auf. Der Handel war flau. Es notierten folgende Höchstpreise: Edelmarber bis 60 (Vorjahr 110), Steinmarber 55 (70), Mähle 10 (14), Füchse 20 (30), Kalen nur 30 Pfg. (1.20), Däcke 8, Rehde 1 (2) Markt, Maulwürfe 9 Pfg., Kagen 60—80 Pfg. d. St.

Viehefuhr aus Bayern. Wegen erneuter Einschleppung der Maul- und Klauenfeuche nach Württemberg wird die Fuhr der polizeilichen Beobachtung für Wiederfänger und Schweine aus den bayerischen Regierungsbezirken Schwaben und Neu- schwaben sowie Mittelfranken bis auf weiteres auf 10 Tage festgelegt.

Befristung. Das Gasthaus zum „Fären“ in Leonberg ging um 45 000. M an Metzgermeister Spies über.

Frische Fische wieder billig!
Rabeljan 27 Pfd.
Rabeljan-Filet 55 Pfd.
Frische Stockfische
Frische Bückinge
Sprossen
Auch diese Woche Donnerstag, Freitag, Samstag
3 billige Gondertage
Pfannkuch
Heute abend 8 Uhr **Singstunde**
Von heute ab darf kein Sänger mehr in der Singstunde fehlen.
Sanitäts-Kolonne. Donnerstag abend Punkt 7 Uhr **Übung in der Turnhalle** Kolonnenführung
Ehepaar mit 1 Kind **sucht** **3-Zimmer-Wohnung** mit Zubehör auf sofort. Angebote mit Preis an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten